

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuss

17. WP - 46. Sitzung

am Mittwoch, dem 12. Januar 2011, 14:30 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)	Vorsitzender
Dr. Axel Bernstein (CDU)	i.V. von Dr. Michael von Abercron
Astrid Damerow (CDU)	
Werner Kalinka (CDU)	
Petra Nicolaisen (CDU)	
Barbara Ostmeier (CDU)	
Dr. Kai Dolgner (SPD)	
Serpil Midyatli (SPD)	
Ingrid Brand-Hückstädt (FDP)	
Gerrit Koch (FDP)	
Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Björn Thoroë (DIE LINKE)	i.V. von Heinz-Werner Jezewski
Silke Hinrichsen (SSW)	

Weitere Abgeordnete

Luise Amtsberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Residenzpflicht in Schleswig-Holstein aufheben	5
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/110	
2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Er- richtung allgemeiner unterer Landesbehörden in Schleswig- Holstein und des Kommunalprüfungsgesetzes	7
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/873	
3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landeshaushaltsord- nung (LHO) und der Gemeindeordnung (GO)	8
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/880	
4. Beschlüsse der 24. Veranstaltung „Jugend im Landtag“ vom 28. November 2010	9
Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom 8. Dezember 2010 Umdruck 17/1662	
5. Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels (Glücks- spielgesetz)	10
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1100	

6. Sicherheitsbericht für Schleswig-Holstein	12
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/783	
7. Entnahme von Blutproben	13
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1044	
8. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wahlgesetzes für den Landtag von Schleswig-Holstein (Landeswahlgesetz - LWahlG)	14
Gesetzentwurf der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des SSW Drucksache 17/1047	
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/1122	
b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein und des Wahlgesetzes für den Landtag von Schleswig-Holstein (Neuwahlgesetz 2011)	
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD Drucksache 17/1070 (neu)	
c) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein und des Landeswahlgesetzes	
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1081	
9. Verschiedenes	15

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 14:35 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Residenzpflicht in Schleswig-Holstein aufheben

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/110

(überwiesen am 17. Dezember 2009)

hierzu: Umdrucke 17/240, 17/241, 17/246, 17/251, 17/252, 17/474, 17/484,
17/502, 17/503, 17/515, 17/660, 17/816, 17/817, 17/818,
17/821, 17/826, 17/827, 17/845, 17/1077, 17/1093,
17/1104, 17/1129, 17/1411, 17/1753

AL Scharbach, Leiter der Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern, Ausländer- und Integrationsangelegenheiten im Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration, weist einleitend darauf hin, dass der Entwurf einer Landesverordnung zur Änderung der Ausländer- und Aufnahmeverordnung, den das Kabinett Anfang Dezember 2010 verabschiedet habe, sich bis zum 4. Februar 2011 in einem Anhörungsverfahren befinde. Der Verordnungsentwurf sei dem Landtag als Unterrichtung 17/0055 zugeleitet worden. Zur Frage der Einführung einer länderübergreifenden Residenzpflicht führt er unter anderem aus, dass das Ministerium informell auf der Arbeitsebene Kontakte zu anderen Bundesländern aufgenommen habe. Die Resonanz darauf sei jedoch eher zurückhaltend gewesen. Die Beratungen des Bundesrates über Anträge unter anderem zur Abschaffung der Residenzpflicht am 17. Dezember 2010 habe er - so AL Scharbach weiter - jetzt zum Anlass genommen, die Nachbarländer Schleswig-Holsteins offiziell anzuschreiben und nach ihrer Auffassung zur Schaffung einer länderübergreifenden Regelung zu fragen. Hierzu lägen jedoch noch keine Antworten vor.

Herr Bestmann, Mitarbeiter im Referat Aufenthalts-, Asyl- und Freizügigkeitsrecht im Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration, stellt den Entwurf der Landesverordnung zur Änderung der Ausländer- und Aufnahmeverordnung im Einzelnen dar.

Abg. Hinrichsen begrüßt den Verordnungsentwurf, kritisiert aber das doch recht langwierige Verfahren. - AL Scharbach erklärt, es würden schon lange Gespräche mit den Hauptbetroffenen auf allen Seiten geführt. Gerade aber die kommunale Seite sei sehr zögerlich gewesen. Es habe längerer Zeit bedurft, vor allem viel Werbung und auch Aufklärung, um Akzeptanz für

eine Neuregelung zu schaffen. - Abg. Damerow weist darauf hin, dass sich auch die Beratungen im Ausschuss schon länger hinzögen, da man zunächst eine schriftliche und auch eine mündliche Anhörung durchgeführt habe.

Abg. Amtsberg erklärt, vor dem Hintergrund des noch bis zum 4. Februar 2011 laufenden Anhörungsverfahrens spreche sie sich dafür aus, die abschließende Beratung über den vorliegenden Antrag noch einmal zurückzustellen. Sie weist auf den heute als Tischvorlage verteilten Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 17/1753, hin, der dann in die weiteren Beratungen mit einbezogen werden könne. - AL Scharbach sagt zu, dem Ausschuss nach Ende der Anhörungsfrist eine Übersicht über die Anhörungsergebnisse zuzuleiten.

Der Ausschuss kommt überein, seine weiteren Beratungen bis zur Vorlage der Zusammenfassung der Anhörungsergebnisse durch das Justizministerium zurückzustellen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung allgemeiner unterer Landesbehörden in Schleswig-Holstein und des Kommunalprüfungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/873

(überwiesen am 8. Oktober 2010)

hierzu: Umdrucke 17/1518, 17/1663

Abg. Hinrichsen weist darauf hin, dass in dem Gesetzentwurf neue Aufgaben an die Ämter übertragen werden sollten. Für sie sei noch nicht klar, wie sich das mit der Ankündigung des Innenministeriums vertrage, nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichts jetzt zu einer Neustrukturierung der Ämter zu kommen, nach der möglicherweise diese Übertragung nicht mehr möglich sein werde.

Herr Schnieder, Mitarbeiter im Referat Organisation, Normenprüfung, Verfahrensrecht, Verkündungsblätter im Innenministerium, erklärt, mit dieser Frage werde man sich auseinandersetzen müssen, ad hoc könne er hierzu keine Antwort geben. - Der Ausschuss diskutiert im Folgenden kurz die Frage der Relevanz einer möglichen Neustrukturierung der Ämter für den vorliegenden Gesetzentwurf. - Herr Schnieder sagt zu, hierzu noch eine schriftliche Stellungnahme des Innenministeriums nachzureichen. - Abg. Hinrichsen kündigt an, sich in der Abstimmung zu dem Gesetzentwurf zu enthalten, da diese für sie relevante Frage noch nicht abschließend beantwortet worden sei.

In der anschließenden Abstimmung empfiehlt der Ausschuss den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung allgemeiner unterer Landesbehörden in Schleswig-Holstein und des Kommunalprüfungsgesetzes, Drucksache 17/873, mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen DIE LINKE und SSW dem Landtag unverändert zur Annahme.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landeshaushaltsordnung (LHO) und der Gemeindeordnung (GO)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/880

(überwiesen am 7. Oktober 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den
Finanzausschuss)

hierzu: Umdrucke 17/1518, 17/1606, 17/1633, 17/1663, 17/1664, 17/1670

Der Ausschuss schließt seine Beratungen zu dem vorliegenden Gesetzentwurf ab.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE und bei Enthaltung der Fraktion des SSW empfiehlt er dem Landtag vorbehaltlich des noch ausstehenden Votums des beteiligten Finanzausschusses, den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung der Landeshaushaltsordnung und der Gemeindeordnung, Drucksache 17/880, abzulehnen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Beschlüsse der 24. Veranstaltung „Jugend im Landtag“ vom
28. November 2010**

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom
8. Dezember 2010

Umdruck 17/1662

Der Ausschuss nimmt die Beschlüsse der 24. Veranstaltung „Jugend im Landtag“ vom 28. November 2010, Umdruck 17/1662, zur Kenntnis und überweist sie zur weiteren Beratung an die Fraktionen mit der Bitte, gegebenenfalls parlamentarische Initiativen daraus zu entwickeln.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz)

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/1100

(überwiesen am 17. Dezember 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Finanzausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Europaausschuss und den Sozialausschuss)

- Verfahrensfragen -

Der Vorsitzende, Abg. Rother, weist darauf hin, dass für diesen Gesetzentwurf eventuell ein Notifizierungsverfahren bei der EU-Kommission einzuleiten sei und bittet um nähere Informationen hierzu.

Herr Schlütz, stellvertretender Leiter des Referats-, Datenschutz- und Personenstandsrecht, Stiftungswesen, Glücksspielwesen und zuständig für die Koordinierung der Glücksspielaufsicht im Innenministerium, stellt kurz die Grundzüge des Notifizierungsverfahrens, das über das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie laufe, dar. Bei diesem Verfahren, das über einen Zeitraum von vier Monaten ausgestaltet sei, handele es sich um ein sogenanntes Benehmensverfahren, mit dem ein Gesetzesvorhaben angezeigt werde. Anmerkungen, die die EU-Kommission zu dem Gesetzentwurf vorlege, könnten, müssten aber durch die Mitgliedsländer nicht berücksichtigt werden. Ob der Landtag ein solches Notifizierungsverfahren einleiten wolle, sei jetzt zu diskutieren. - MR Harms vom Wissenschaftlichen Dienst des Landtages sagt auf Wunsch von Abg. Hinrichsen zu, dem Landtag bis zu seiner Sitzung am 2. Februar 2011 kurz schriftlich die Grundzüge des Notifizierungsverfahrens und dessen Voraussetzungen darzulegen. Hierbei soll unter anderem auch die Frage eines drohenden Vertragsverletzungsverfahrens geprüft werden. - Abg. Hinrichsen bittet außerdem auch das Innenministerium, hierzu Stellung zu nehmen.

Herr Schlütz merkt an, die von den Ministerpräsidenten auf ihrer Konferenz am 15. Dezember 2010 angekündigte Reform des Glücksspielstaatsvertrags könne unmittelbar Einfluss auf die Beratungen über den Glücksspielgesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP hier im Landtag haben. - Er bietet dem Ausschuss an, ihm die entsprechenden Vorlagen zu den Beratungen in der Ministerpräsidentenkonferenz zuzuleiten.

Abg. Dr. Bernstein kündigt an, dem Ausschuss dann ebenfalls bis zum 2. Februar 2011 den schon angekündigten Änderungsvorschlag zum Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP vorzulegen.

Der Ausschuss kommt überein, vor dem Hintergrund der Zusendung der zugesagten Stellungnahmen und Vorlagen seine weiteren Beratungen auf den 2. Februar 2011 zu vertagen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Sicherheitsbericht für Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/783

(überwiesen am 16. Dezember 2010 zur abschließenden Beratung)

- Verfahrensfragen -

Abg. Hinrichsen schlägt vor, zunächst eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Danach könne gegebenenfalls auch über die Durchführung einer mündlichen Anhörung nachgedacht werden, eventuell auch im Zusammenhang mit einer Anhörung zum noch ausstehenden zweiten Teil des Berichts der Landesregierung zum Thema Jugend-Taskforce. - Abg. Kalinka unterstützt diesen Verfahrensvorschlag. - Abg. Dr. Dolgner begrüßt ebenfalls den Verfahrensvorschlag, regt aber an, sich dann in einer mündlichen Anhörung auf bestimmte Schwerpunkte zu konzentrieren.

Der Ausschuss bittet die Fraktionen, ihre Anzuhörenden für die schriftliche Anhörung zum Sicherheitsbericht der Landesregierung innerhalb von 14 Tagen zu benennen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Entnahme von Blutproben

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/1044

(überwiesen am 17. Dezember 2010 zur abschließenden Beratung)

- Verfahrensfragen -

Abg. Fürter schlägt vor, zu dem Bericht der Landesregierung die Polizeigewerkschaften um eine Stellungnahme zu bitten und den Innenminister und den Justizminister in den Ausschuss einzuladen, um ihre unterschiedlichen Positionen noch einmal darzulegen.

Der Ausschuss stimmt diesem Verfahrensvorschlag zu und beschließt, zunächst die Polizeigewerkschaften um eine schriftliche Stellungnahme zu bitten. Er nimmt in Aussicht, nach Vorlage dieser Stellungnahmen ein Gespräch mit dem Innenminister und dem Justizminister in einer seiner nächsten Ausschusssitzungen zu führen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wahlgesetzes für den Landtag von Schleswig-Holstein (Landeswahlgesetz - LWahlG)

Gesetzentwurf der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des SSW

Drucksache 17/1047

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 17/1122

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein und des Wahlgesetzes für den Landtag von Schleswig-Holstein (Neuwahlgesetz 2011)

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD

Drucksache 17/1070 (neu)

c) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein und des Landeswahlgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP

Drucksache 17/1081

(überwiesen am 16. Dezember 2010)

hierzu: Umdrucke 17/1623, 17/1654, 17/1681, 17/1683, 17/1699

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuss diskutiert über Verfahrensfragen im Zusammenhang mit seiner beschlossenen ganztägigen Anhörung am 9. Februar 2011.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Hinrichsen bittet für die Sitzung des Ausschusses am 2. Februar 2011 um einen Bericht der Landesregierung über die durchgeführten Regionalkonferenzen.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 15:40 Uhr.

gez. Thomas Rother
Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin